Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Leipzig 28614

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftshaltung monatlich 4.50 Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich 5 Mk., auf dem Lande 5.45 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.75 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Insertionspreis 1 Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2spaltige Korpuszeile 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile 3 Mk. Nachweisungsgebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 186 — Donnerstag den 11. August 1921. — 80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung

Hingabe von Steuermarken zur Anrechnung auf die Reichseinkommensteuer betreffend.

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat mit Erlaß vom 20. Juni 1921 — III 17101 — nachgelassen, daß den Arbeitgebern auf ihren Antrag von dem Finanzamt gestattet wird, daß sie die Blätter mit den vorschriftsmäßig entwerteten Steuermarken aus den Steuerkarten ihrer Arbeitnehmer herauslösen und den Arbeitnehmern die einzelnen Blätter zwecks Begleichung ihrer Steuerschuld aushändigen. Die Bestimmung des § 8 Absatz 1 Satz 2 und Satz 3, Halbsatz 1 der Bestimmungen über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn für das Rechnungsjahr 1920 vom 21. Mai 1920 (Zentralblatt für das Deutsche Reich 1920 Seite 832 ff), wonach zwecks Hingabe der Steuermarken an Zahlungsstatt der Arbeitnehmer die Steuerkarte der Steuerhebestelle vorzulegen hat und die hinzugebenden Steuermarken mit dem entsprechenden Blatte der Steuerkarte nur von der Steuerhebestelle aus der Steuerkarte entfernt werden dürfen, kommt in diesem Falle nicht mehr zur Anwendung.

Die erforderlichen Anträge sind bei dem für den Arbeitgeber zuständigen Finanzamte zu stellen.

Der vorstehende Erlaß hindert nicht, daß die Arbeitgeber die Steuerblätter zum Zwecke der Abrechnung für das Rechnungsjahr 1920 nach der Bekanntmachung vom 5. August 1921 zur Vermeidung von Zeitversäumnis seitens der Arbeitnehmer gesammelt bei der Steuerhebestelle einreichen dürfen. 5188

Nossen, am 8. August 1921. Nr. 1264 A 1. **Das Finanzamt.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* In Oberschlesien sind neue polnische Banden über die Grenze gekommen.
* In Münster kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Reichswehrsoldaten und Zivilisten.
* In Paris bemüht man sich, eine mittlere Linie zwischen dem englischen und dem französischen Standpunkt zu finden, bisher jedoch ohne Erfolg.

Der erste Tag.

Eingeleitet mit viel schönen Reden, ist der erste Tag der Pariser Zusammenkunft des Obersten Rates ausgegangen, ohne daß schon ein bestimmtes Ergebnis oder auch nur die Richtung, in der ein solches zu suchen sein möchte, zu konstatieren wäre. Man ließ sich die Berichte der Sachverständigen vortragen, die den Auftrag hatten, die Entscheidung des Obersten Rates vorzubereiten, die aber ebenso klug auseinander gingen, wie sie gekommen waren. Danach wurde die Sitzung aufgehoben, um am Dienstag zunächst die alliierten Oberkommissare in Oppeln über die augenblickliche Lage in Oberschlesien und insbesondere über die Sicherheit im Abstimmungsgebiet zu Worte kommen zu lassen. Zwischendurch können die privaten Besprechungen unermüdlich fortgesetzt werden, von denen man sich wohl mehr Erfolg für die Lösung der Schwierigkeiten versprechen wird, als von dem Fortgang der mehr oder weniger öffentlichen Diskussionen. Der Wille zur Verständigung ist zweifelsohne auf beiden Seiten vorhanden — was man heutzutage so Verständigung zu nennen beliebt.

Die Sachverständigen sollen unter sich über drei grundsätzliche Fragen eine Einigung erzielt haben. Einmal darüber, daß der Friedensvertrag von Versailles die Teilung des Abstimmungsgebietes zwischen Deutschland und Polen zulasse, daß also die Stimmenmehrheit einer Partei dieser keinen Anspruch auf ungeteilte Zuweisung Oberschlesiens einräume. Zweitens darüber, daß nach Vorschrift des Friedensvertrages die Wünsche der Bevölkerung, wie sie in der Volksabstimmung zum Ausdruck gekommen sind, nebst der geographischen und wirtschaftlichen Lage der einzelnen Ortlichkeiten zu berücksichtigen seien, endlich auch darüber, daß man bei der Grenzziehung sich von der gemeindeweisen Abstimmung leiten lassen müsse. Auf dieser Grundlage wurden verschiedene Vorschläge für die Aufteilung geprüft, übrig bleiben schließlich nur zwei Lösungen, eine französische und eine britisch-italienische, auf die sich jedoch die Sachverständigen nicht einigen konnten. Beide Pläne verlangten Unteilbarkeit des „Industriebezirkes", den die Franzosen den Polen, die Engländer wenigstens zum größten Teil Deutschland zusprechen wollten.

In dem Vortrag des britischen Sachverständigen wurde mit dürren Worten zugegeben, daß 844 Gemeinden sich für Deutschland, aber 678 für Polen ausgesprochen, daß 707 000 Oberschlesier für Deutschland und 479 000 für Polen gestimmt haben. Würde man nach dem französischen Vorschlag verfahren, so hieße das die Verhältnisse der Abstimmung bei der Zusprechung der strittigen Gebiete umstoßen, denn dann würde man sieben Elftel der deutschen Stimmen den Polen und nur vier Elftel der polnischen Stimmen Deutschland zusprechen, während diese Stimmen sich im ganzen zu 60 Prozent für Deutschland, zu 40 Prozent für Polen verteilen. Was demgegenüber der französische Sachverständige vortrug, um die Zuteilung des Industriegebietes an Polen zu begründen, klang so rabulistisch, daß es, wie man wohl hoffen darf, auf die nichtfranzösischen Teilnehmer der Konferenz nur einen abstoßenden Eindruck gemacht haben wird. Der italienische Delegierte stellte fest, daß die englische Linie sich ungleich mehr dem Ergebnis der Volksabstimmung nähere als die französische, die nicht ein einziges Bergwerk Deutschland zuweise. Doch vermied er es, nach französischer Darstellung, sich direkt für die eine oder die andere Linie auszusprechen, und französische Blätter schließen aus dieser Haltung, daß er die Absicht habe, zwischen den beiden entgegenstehenden Anschauungen zu vermitteln. Es zeigte sich ja schon nach diesem ersten Anlauf, daß Raum sei für eine gerechte und vernünftige Lösung der Frage, und weitere Pariser Nachrichten wollen denn auch bereits wissen, daß Briand selber bemüht sei, einen neuen Grenzvorschlag auszuarbeiten, der ungefähr die Mitte ziehe zwischen den beiden Vorschlägen, die dem Obersten Rat zunächst nur vorgelegt werden konnten. Danach soll ein beträchtlicher Teil des Gebietes südlich von Rosenberg an Polen und als Ersatz dafür die Hälfte des Kreises Groß-Strehlitz und Trost an Deutschland gegeben werden. Deutschland solle auch die Hälfte vom Stadt- und Landkreis Gleiwitz mit bedeutenden Eisenbahnstationen und wichtigen wirtschaftlichen Konzessionen in anderen Teilen des Industriegebietes zugestanden erhalten. Das Ganze stelle ein Kompromiß dar, das für Deutschland günstiger sei als die sogenannte Sforza-Linie, von der allerdings in dieser ersten Sitzung des Obersten Rates kein Mensch gesprochen hat.

Leute, die das Gras wachsen hören, wollen überdies wissen, daß Lloyd George für seine Person einem derartigen Kompromiß und damit der Teilung des Industriegebietes geneigt sei, daß aber sein Minister des Äußern, Lord Curzon, von seiner ablehnenden Haltung nicht zurücktreten wolle. Möglich, daß das nur Stimmungsmache ist, darauf berechnet, in die Geschlossenheit der britischen Delegation eine Bresche zu schlagen, eine Kunst, in der die Franzosen ja Meister sind. Sie werden es auch an anderen Versuchen, so oder so zum Ziele zu kommen, nicht fehlen lassen. Wir Deutschen können nur sagen, daß uns dieses Gebahren der höchsten Schiedsrichter über deutsches Land und deutsches Volk im höchsten Grade schmerzlich berührt. Sie sind dabei, wie mit einem Schlachtmesser an dem lebendigen Fleische des oberschlesischen Volkes herumzuschneiden, als wäre nicht das ganze Land ein fühlender Organismus, den jede willkürliche Trennung und Zerreißung zugrunde richten muß. Wenn der Friedensvertrag die Teilung zwischen Deutschland und Polen zuläßt, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß er sie vorschreibt, und bei so überwiegender Mehrheitsbekundung nach Gemeindezahlen und Abstimmungsberechtigten darf es dem Geiste des Vertrages nach gar keine andere Entscheidung geben, als die ungeteilte Belassung Oberschlesiens beim Reich. Scheingründe sind es, nichts als Scheingründe, wenn statt dessen das Messer künstlich scheiden soll, was nach Natur und Geschichte zusammengehört.

■

Die verschiedenen Vorschläge zur Aufteilung Oberschlesiens zwischen Deutschland und Polen werden durch die Kartenskizze veranschaulicht. Man erkennt daraus, daß die Kernfrage sich um das engere Industriegebiet dreht. Die hier verzeichneten Linien stammen bereits aus der ersten Zeit der Teilungsdebatten. Es hat sich aber inzwischen nichts wesentliches an ihnen geändert, und eine Einigung darüber, wie nun die Grenze gezogen werden soll, dürfte voraussichtlich auf keinen dieser Vorschläge hinauslaufen, sondern eine neue Linie ergeben, deren Verlauf vielleicht weniger von den wirtschaftlichen und geographischen Erörterungen abhängig sein wird, die eigentlich allein maßgebend sein dürften, und die zweifellos eine Trennung überhaupt als unmöglich erweisen würden, sondern die wohl von internationalen politischen Interessen bestimmt werden wird, als deren Opfer die oberschlesische Bevölkerung anzusehen ist. In England erklärt man, es würde den Franzosen schwer fallen, gegen die englische Auffassung anzukämpfen, um so mehr, als auch Amerika, wenn nicht direkt, doch indirekt den italienisch-britischen Standpunkt unterstütze. Schließlich wird bei der Entscheidung in weitergehendem Maße die Politik mitsprechen, die darauf hinzielen wird, wie man sich in Zukunft Deutschland gegenüber zu stellen gedenke, und gerade hierin stehe die englische Auffassung im Gegensatz zu der französischen. Auf alle Fälle jedoch müsse man zusehen, daß die Entente erhalten bleibt, und darum müsse jetzt unter allen Umständen eine Entscheidung getroffen werden.

Vergebliche polnische Streikhetze.

Neue Banden in Oberschlesien.

Die Nachrichten über die Generalstreikhetze, die in den letzten Tagen von polnischer Seite neu betrieben worden war, bestätigen durchweg, daß die Agitation erfolglos geblieben ist. Mit einer polnischen Erhebung in den nächsten Tagen wird infolgedessen nicht mehr gerechnet. Dennoch häufen sich die Fälle, in denen ganze Banden junger Burschen von Polen her die Grenze überschreiten. Sie treten in Stärke von 30 bis 50 Mann auf und lassen sich geschlossen in den Landorten nieder. Sie sind gut ausgerüstet und tragen ein unerhört herausforderndes Benehmen zur Schau.

Die polnische Regierung stellt sich jetzt so, als wolle sie mit allen Kräften der Gerechtigkeit dienen, läßt aber gleichzeitig durchblicken, daß sie unter dieser Gerechtigkeit nur eine Lösung im polnischen Sinne versteht. In einer Note, die die Polen dem Obersten Rat in Paris überreichen ließen, wird erklärt, die polnische Regierung habe die Beilegung des letzten oberschlesischen Aufstandes durch die Alliierten durch ihre moralische Unterstützung gefördert. Sie könne den Alliierten aber nur dann eine gleiche moralische Unterstützung bei der Durchführung der Entscheidung leihen, wenn diese Entscheidung definitiv und den gerechten Ansprüchen Polens entsprechend sei. Andernfalls werde das oberschlesische Volk nicht zur Ruhe verhalten werden können. — Allerdings, wenn polnische Insurgenten Unruhe stiften, ist schwer Ruhe zu schaffen.

In Paris ist man sich dieser Gefahren wohl bewußt und Reuter erklärt, daß die größte Vorsicht geübt werde, um irgendwelche Zwischenfälle in Oberschlesien während der Konferenz des Obersten Rates zu vermeiden. Die britischen und die französischen Kommissare handelten bei den zunächst getroffenen Vorkehrungen in vollkommener Übereinstimmung.

Die Zerstörung des Heeresmaterials.

Die Erfüllung der Ultimatumsforderungen.

Nachdem bereits der Versailler Friedensvertrag die Zerstörung des deutschen Besitzes an Waffen und sonstigem Kriegsmaterial angeordnet hatte, wurde die gleiche Forderung der Alliierten bekanntlich durch die Entwaffnungsnoten im Mai und durch das Ultimatum von Anfang Juli in verschärfter Form wiederholt. Jetzt wird von amtlicher Seite folgende Übersicht über den Stand der Entwaffnung nach dem Datum des 6. August veröffentlicht, woraus hervorgeht, daß wiederum ganz erhebliche Bestände von allerlei Kriegsmaterial vernichtet worden sind. Danach wurden neuerdings zerstört:

453 Geschütze, 395 Geschützrohre, 845 Lafetten, 2 368 263 Stück Artilleriemunition und Minen, 1 695 953 Stück Zünder für Artilleriemunition, 3 141 977 Kilogramm Pulver, 1198 Minen und Granatwerfer, darunter 80 Signalwerfer, 9266 Maschinengewehre, 370 712 Gewehre, Karabiner, Tankgewehre, 19 312 Revolver und Pistolen, 227 566 blanke Waffen, 2 078 489 Gewehr-, Wurf- und Handgranaten, 2 091 241 Zünder für Handgranaten, 37 499 117 Stück Handwaffenmunition, 370 290 Kartuschen aller Art, 349 530 Sprengladungen, Sprengpatronen, 14 826 Wagen aller Art, darunter 118 Protzen, 60 Maschinengewehrwagen, 751 Feldküchen, außerdem große Mengen an sonstigem Kriegsgerät, wie Waffenzubehör- und Ersatzteilen, optischem Gerät, Nachrichtengerät, Brückengerät, Gasschutzgerät, Werkzeugen aller Art, Feld- und Förderbahngerät, Geschirr, und Stallsachen, Wagenzubehörteilen, Tertilien, Feldküchengerät, Schiffszubehörteilen, ferner 70 Feldbacköfen, 2 Motorräder, 140 Kraftwagen, 18 Kraftwagenanhänger, 220 Fahrräder, 5000 Armeesättel, 1000 Bocksättel, 800 Sielengeschirre und 5 000 000 Platzpatronen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF